



Presseinformation

Nr. 194/2011

Kiel, Dienstag, 29. März 2011

Innen- und Recht / Demonstration in Lübeck

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Jens-Uwe Dankert und Gerrit Koch: Den Polizeibeamten gebührt Dank für ihre schwere Arbeit

Zu der Arbeit der Polizei bei den Demonstrationen in Lübeck am vergangenen Sonnabend sagen der FDP-Landtagsabgeordnete **Jens-Uwe Dankert** und der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Die rund 2400 eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben am Sonnabend einen schweren Einsatz erfolgreich bewältigt. Angesichts der Vielfalt des polizeilichen Gegenübers wurde ihnen hohe Konzentration und Einfühlungsvermögen abverlangt. Für diese schwere Arbeit gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung“, so Dankert. Beide Abgeordneten bedauern, dass es wieder zu Verletzungen gekommen sei, weil sich einzelne Demonstranten nicht an die Gesetze gehalten hätten. Besonders befremdlich sei erneut das Verhalten einzelner Landtagsabgeordneter der Linken gewesen.

„Ich habe persönlich an der friedlichen Gegendemonstration teilgenommen und konnte keinerlei beanstandungswürdiges Verhalten der Polizei feststellen. Ich gehe jedoch davon aus, dass den nunmehr von der Kirche und dem Bündnis ‚Wir können sie stoppen‘ erhobenen Vorwürfen intensiv nachgegangen wird“, erklärt Koch. Die in diesem Zusammenhang erneut aufgestellte Forderung der Linken nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte sei da wenig hilfreich. Es gebe nämlich Untersuchungen, die die Vermutung, dass eine individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamten die Ermittlungsarbeit der Strafverfolgungsorgane wesentlich erleichtern würde, widerlegen, so Koch.

„Seit Februar 2010 haben wir im Parlament über eine Einführung einer Kennzeichnungspflicht diskutiert und diese schließlich im November 2010 mit guten Gründen mehrheitlich abgelehnt“, so die beiden Abgeordneten. Es habe nichts mit Bürgernähe und Transparenz zu tun, wenn sich Polizisten, die gegen zum Teil gewaltbereite Demonstrationen vorgehen müssen, mit ihrem Klarnamen ausweisen sollten. Den Beamten sei nicht zuzumuten, dass sie am Feierabend Angst um sich und ihre Familien haben müssten, weil ihre Namen bekannt sind.

www.fdp-sh.de